

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 193. Ratssitzung vom 13. November 2013

4455. 2013/308 Weisung vom 11.09.2013: Zusatzkredite II. Serie 2013

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

- A. Für das Jahr 2013 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	23 133 800	2 000 000
2. Kreditübertragungen	+4 162 000 -4 162 000	+1 300 000 -1 300 000
Zusatzkredite brutto	23 133 800	2 000 000

- B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
- den Zusatzkrediten von	23 133 800	2 000 000
- den Kreditübertragungen von	+4 162 000	+1 300 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
- verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	-4 162 000	-1 300 000
- Minderaufwendungen/Mehrerträge bzw. Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	-12 126 600	-
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	11 007 200	2 000 000

2 / 20

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) die Weisung zu den Zusatzkrediten II. Serie 2013 vor.

Rebekka Wyler (SP): Die RPK hat die Zusatzkredite geprüft. Diskutiert wurden vor allem die Abfindungen für unverschuldete Entlassungen, zwei vorzeitige Pensionierungen, der Unterhalt der Anlagen für das Abwasser, insbesondere auch im Fall Europaallee, Beiträge für die Betreuung von Kleinkindern sowie die Kreditübertragung bei der Asylorganisation Zürich. Wir haben die Argumente ausführlich diskutiert und abgewogen. Die RPK-Mehrheit empfiehlt, die Zusatzkredite zu genehmigen.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP erachtet die zusätzlichen 11 Millionen Franken Mehrausgaben angesichts der derzeitigen Finanzlage als nicht akzeptabel. Die Rechnung 2013 würde dadurch weiter verschlechtert. Deshalb haben wir verschiedene Anträge gestellt, dass gewisse Ausgaben nicht getätigt werden. Wir rechnen damit, dass andere Parteien diesen Anträgen folgen. Je nachdem, wie die Detailberatung ausfällt, werden wir den Zusatzkrediten zustimmen oder nicht.

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite II. Serie 2013 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zum Dispositivpunkt A) zu genehmigen:

1.1 Dringliche Zusatzkredite

Antrag 1)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Ausgerechnet in finanziell schwierigen Zeiten, wo kreative interne Lösungen gefragt sind, werden für Personalwerbung dringliche Kredite beantragt. Die Stadt Zürich verfügt über ein jährliches Budget von 7 Millionen Franken für Personalwerbung. Es ist nicht nachvollziehbar, dass im November noch ein derart kleiner Betrag als Zusatzkredit nötig sein soll.

Florian Utz (SP): In diesem Fall konnte trotz grosser Bemühungen niemand gefunden werden, der die nötigen Qualifikationen mitgebracht hätte und bereit gewesen wäre, die Stelle anzunehmen. Das Stadtrichteramt stand vor der Auswahl, ein Personalvermittlungsbüro zu beauftragen oder die Stelle mit einer nicht hinreichend qualifizierten Person zu besetzen. Sinnvollerweise wurde die erste Lösung gewählt. Zum Argument, dass es sich hier um einen kleinen Betrag handeln soll und es deshalb nicht sein könne, dass ein Zusatzkredit notwendig sei: Die Alternative wäre ein Überbudgetieren. Die

Mehrheit der RPK findet es aber richtig, dass knapp budgetiert wird und dann allenfalls ein Zusatzkredit beantragt werden muss.

S. 2	25 2525 3092 0000	Polizeidepartement Stadtrichteramt Personalwerbung		
1)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	18 500	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	18 500		
	Begründung	Interne Lösung suchen		
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 2)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Beantragt werden 25 000 Franken für die Personalwerbung im Schul- und Sportdepartement. Bereits vor einem Jahr wurde der Betrag von 10 000 Franken auf 90 000 Franken erhöht. Als Begründung wurde die Rekrutierung von Personal für höhere Kaderstellen angegeben. Im vorliegenden Fall geht es um die Fachstelle für Gewaltprävention. Auf 5,6 Stellenwerte kommen 1 Million Franken für Lohnkosten sowie 260 000 Franken für Sachkosten. Die Fachstelle führt 50 Interventionen pro Jahr durch. Das ergibt für das gesamte Team lediglich eine Intervention pro Woche. Der Leiter der Fachstelle hat gekündigt und die verbliebenen Mitarbeiter versuchen seit März 2013 eine Reorganisation und eine strategische Ausrichtung der Fachstelle voranzutreiben. Die 1,2 Millionen Franken sind ein hoher Betrag und die Fachstelle ist ohne Leitung. Das können wir nicht gutheissen. Der Betrag hätte zudem mit den 90 000 Franken aus dem Vorjahr verrechnet werden können.*

Andrea Nüssli-Danuser (SP): *Ich bin froh, dass die Fachstelle für Gewaltprävention nur einmal pro Woche eine Intervention durchführen muss. Das Ziel sollte sein, dass keine Interventionen mehr gemacht werden müssen. Die Prävention wurde gut aufgebaut. Deshalb wurde auch die Stelle der Leitung nicht sofort wieder besetzt. Man hat eine Auslegeordnung gemacht und eine Neuausrichtung betrachtet. Nun ist der Zeitpunkt*

gekommen, um eine neue Leitung zu rekrutieren. Die Mehrheit der RPK erachtet die Weiterführung der Fachstelle und somit die Personalwerbungsausgaben für unterstützungswürdig.

S. 2	50 5000 3092 0000	Schul- und Sportdepartement Schul- und Sportdepartement Zentrale Verwaltung Personalwerbung		
2)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	25 000	Mehrheit	Andrea Nüssli-Danuser (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent
	Verbesserung	25 000		
	Begründung	Fachstelle zurückbauen		
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 25 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 3)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Beantragt werden 3 Millionen Franken für Löhne der Lehrkräfte. Sie sollen für den Teuerungsausgleich, Einmalzulagen und Lohnerhöhungen verwendet werden. Wir befinden uns derzeit aber nicht in einem ausgeglichenen Budget. Die Argumente werden vermutlich lauten, es sei der Kanton, der die Lehrerlöhne festlege und die Stadt sei gezwungen, diesen Betrag zu bezahlen. Doch die Stadt kann durchaus ein Veto einlegen. Die Ausgaben für Löhne, Therapien und Betreuung sind im Vergleich zu 2012 stark angestiegen. Man hätte dort die 3 Millionen Franken bestens einsparen können und sie für das vorliegende Begehren einsetzen können.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Die Löhne der angestellten Lehrpersonen müssen bezahlt werden. Mit Rotationsgewinnen hätten die Löhne der neuen Lehrpersonen, die zu einem tieferen Lohn angestellt werden können, ausgeglichen werden sollen. Doch die erwarteten Gewinne blieben aus. Deshalb braucht es den Zusatzkredit, damit alle Lehrpersonen bezahlt werden können.

S. 2	50 5010 3510 0101	Schul- und Sportdepartement Schulamt Entschädigungen an Kanton für Löhne der Lehrkräfte		
3)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	3 000 000	Mehrheit	Andrea Nüssli-Danuser (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent
	Verbesserung	3 000 000		
	Begründung	Stetes Lohnwachstum beenden		
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

1.2 Dringliche Kreditübertragungen

Es wurden keine dringlichen Kreditübertragungen beantragt.

2.1 Ordentliche Zusatzkredite

Antrag 4)

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Es geht um Abfindungen für unverschuldete Entlassungen. Abfindungen können ein effizienter Weg sein. Prozesse vor Gericht können vermieden werden. Doch bei einigen Lösungen wurde unserer Meinung nach zu grosszügig vorgegangen. Die Begründungen dafür wurden der RPK unter Geheimhaltung geliefert und können deshalb an dieser Stelle nicht zitiert werden. Klar ist: Die Gründe für die grosszügigen Lösungen sind nicht in jedem Fall nachvollziehbar. Es gibt einen gewissen Spielraum bei der Aushandlung dieser Verträge. Die Minderheit 1 beantragt, dass nicht der gesamte Betrag gesprochen wird. Stattdessen soll eine Verbesserung von 300 000 Franken vorgenommen werden.

Dr. Daniel Regli (SVP): Pro Jahr sind hier 1 Million Franken budgetiert. Von 2008 bis 2013 wurden aber nicht wie geplant 6 Millionen Franken, sondern 14,8 Millionen Franken ausgegeben. In Zürich kann jemand nach 5 Dienstjahren bereits im Alter von 35 Jahren bis zu 18 Monatslöhne erhalten. Das ist sehr grosszügig. Lohnfortzahlungen sind für über 55-Jährige sogar für 5 Jahre möglich. Bei den Abgangsentschädigungen für Behördenmitglieder gibt es nicht einmal ein Mindestalter. Wer nach 4 Dienstjahren

freiwillig ausscheidet, hat bereits 3,2 Jahreslöhne zugute. Nun wird ein Zusatzkredit von 2,4 Millionen Franken beantragt. Man müsste früher reagieren. Es gibt einen sehr grossen Ermessensspielraum. Die Beträge sind zu hoch. Es ist höchste Zeit, dass wir die Verordnung anpassen und dem Abzockerspiel auf Staatsebene ein Ende setzen.

Rebekka Wyler (SP): *Die Beträge sind tatsächlich stark angestiegen. Eine gewisse Skepsis ist gerechtfertigt. Die RPK befasst sich schon länger mit dem Thema und hat bei der Finanzkontrolle einen entsprechenden Bericht über die Modalitäten und Grundlagen dieser Auszahlungen in Auftrag gegeben. Dieser Bericht liegt vor und wird von der RPK geprüft werden. Die RPK wird danach über die nötigen Massnahmen befinden. Momentan gibt es aber einen expliziten Rechtsanspruch auf die genannten Abfindungen. Es steht allen frei, eine Motion zur Änderung des Personalrechts einzureichen. Da die Mehrheit in der RPK im Gemeinderat keine Mehrheit finden wird, wird sich die SP der Minderheit 1 anschliessen und der Kürzung von 300 000 Franken zustimmen.*

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Dubno (GLP): *Wir haben in den letzten Jahren mit der SP wiederholt die Debatte über Rechtsanspruch, Ermessensspielraum und Gleichbehandlung aller städtischen Mitarbeiter geführt. Es freut mich, dass die SP sich nun entschieden hat, mit der Minderheit 1 zu stimmen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Eine gewisse Verärgerung ist nachvollziehbar. Wir sind jedoch an Vorgaben und Reglemente gebunden. Wenn Sie sich über Bedingungen beschweren, müssen Sie entsprechende Vorstösse einreichen, um die Reglemente anzupassen. Wenn der Stadtrat Abfindungsentschädigungen verweigern würde, wären Sie auch nicht zufrieden. Wenn wir nicht budgetieren würden, was zu erwarten ist, würden Sie sich darüber beklagen, dass wir nicht wahrheitsgemäss budgetieren würden. Konsequenterweise müssten Sie sich im Voraus damit beschäftigen, die Reglemente anzupassen. Sie können nicht im Nachhinein eine Kürzung des Betrags beantragen. Der Betrag ist übrigens im Hinblick auf die gesamte Lohnsumme relativ klein.*

Walter Angst (AL): *Stadtrat Leupi sollte unserer Meinung nach den Steilpass der FDP und GLP aufnehmen und dafür sorgen, dass bei der Umsetzung des Personalrechts der Spielraum genutzt wird.*

S. 4	10 1060 3010 0850	Behörden und Gesamtverwaltung Gesamtverwaltung Abfindungen für unverschuldete Entlassungen		
4)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	2 484 300	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu 1	2 184 300	Minderheit 1	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Samuel Dubno (GLP), Urs Schmid (FDP)

	Verbesserung 1	300 000		
	Begründung 1	Es besteht Handlungsbedarf, zu grosszügige Lösungen		
	Neu 2	0	Minderheit 2	Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung 2	2 484 300		
	Begründung 2	Keine vergoldeten Fallschirme		
			Enthaltung	Walter Angst (AL), Karin Rykart Sutter (Grüne)
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit 2

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Mehrheit und Minderheit 1:

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(2 484 300)	0 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(2 184 300)	97 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(0)	<u>23 Stimmen</u>
Total		120 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 1 mit 97 Stimmen zugestimmt, womit das Quorum von 63 Stimmen für die gleichgeordneten Anträge und die Ausgabenbremse erreicht ist.

Antrag 5)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Die Betriebsämter benötigen für Personalversicherungsbeiträge 99 900 Franken für Überbrückungszuschüsse. Diese werden für Mitarbeiter benötigt, die zwischen 1949 bis 1952 geboren wurden. 2011 haben wir einem Beitragsmodell zugestimmt, das das Pensionsalter um ein Jahr erhöhte und höhere Beiträge der Arbeitnehmer mit sich brachte. Die Stadt hat dafür gesorgt, dass diesen Mitarbeitern bei den AHV-Beiträgen keine Lücken entstehen können. Man hat versucht, eine Pensionierungswelle zu verhindern. Diejenigen, die kurz vor 63 standen und auf 64 gestuft wurden, konnten zurücktreten. Das brachte ihnen mehr, als wenn sie nachher mit schlechteren Konditionen pensioniert worden wären. Diesen Vorteil wussten die Mitarbeiter der Stadt natürlich zu nutzen. Wir sehen leider in verschiedenen Departementen, dass die Pensionierungswelle nicht verhindert werden konnte. Wir lehnen darum die Überbrückungszuschüsse erneut ab.

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit der RPK hat damals zugestimmt und stimmt den Überbrückungszuschüssen auch heute zu. Wir folgen der Argumentation des Stadtrats.

S. 4	10 1070 3040 0000	Behörden und Gesamtverwaltung Betreibungsämter Personalversicherungsbeiträge		
5)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	99 900	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	99 900		
	Begründung	Keine Frühpensionierungen auf Kosten der Allgemeinheit		
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 40 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 6)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Wie bereits bei Antrag 5 geht es hier um Personalversicherungsbeiträge. Es handelt sich um einen Einzelfall. Die Frühpensionierung erfolgte aus gesundheitlichen Gründen. Unseres Erachtens kündigt sich so etwas in der Regel an und hätte bereits in den Zusatzkrediten I. Serie gebracht werden können oder allenfalls im Budget des nächsten Jahres.

Rebekka Wyler (SP): Die Person wurde nach über zwanzig Dienstjahren aus gesundheitlichen Gründen pensioniert. Wir gönnen der Person den Ruhestand und wünschen ihr gute Gesundheit.

S. 4	10 1080 3040 0000	Behörden und Gesamtverwaltung Friedensrichterämter Personalversicherungsbeiträge		
6)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	76 200	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

9 / 20

	Neu	0		Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	76 200			
	Begründung	Keine Frühpensionierungen auf Kosten der Allgemeinheit			
				Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 38 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 7)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roland Scheck (SVP): Die Gutmenschen wollen die Masseneinwanderung in unser Land nicht wahrhaben. So ging man im Budget von 5000 Einwanderungen aus, obwohl man wusste, dass diese Zahl viel höher liegen würde. Es handelt sich jetzt um 20 000 Einwanderungen. Wer so unseriös budgetiert, sollte wenigstens die Grösse haben, die Abweichung aufwandneutral zu kompensieren. Es kann nicht sein, dass der Steuerzahler für eine solche Realitätsverweigerung zur Kasse gebeten wird.

Samuel Dubno (GLP): Man kann sich über den Fehler in der Budgetierung ärgern. Doch die Stadt muss den Betrag von 750 000 Franken dem Kanton abliefern. Es besteht kein Handlungsspielraum. Bei Ablehnung würde die Rechnung der Stadt am Ende schlechter dastehen.

S. 4	15 1530 3180 0000	Präsidialdepartement Bevölkerungsamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
7)	Anträge der RPK				
	Antrag Stadtrat	750 000		Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	750 000			
	Begründung	Unseriöse Budgetierung			
				Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

10 / 20

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 25 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 8)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Es geht um den Ersatz von Software. Der Ersatz steht nicht zur Diskussion. Doch der Lieferant aus Deutschland vergass offensichtlich, die Mehrwertsteuer zu erheben. Unserer Meinung nach hätte der Vertrag neu verhandelt werden müssen. Man sollte den Betrag nicht mit einem Zusatzkredit einfordern.

Florian Utz (SP): Eine Korrektur zum Votum von Dr. Urs Egger (FDP): Es war nicht der Fehler des Lieferanten, sondern der Stadt, dass sie die Mehrwertsteuer nicht in der Budgetierung berücksichtigt hat. Es ist nachvollziehbar, dass die Stadt darum den Lieferanten nicht um einen tieferen Preis bitten kann. Wenn man hier streicht, heisst das, dass die Stadt Zürich die Mehrwertsteuer nicht bezahlt. Der Vertrag wurde aber bereits abgeschlossen. Die Stadt würde verklagt und müsste die Anwaltskosten und Gerichtskosten übernehmen. Der Steuerzahler würde eine hohe Rechnung zahlen müssen.

Weitere Wortmeldung:

Samuel Dubno (GLP): Wir wären als GLP einer Diskussion über die Mehrwertsteuer nicht abgeneigt. Doch in diesem Fall handelt es sich um einen Budgetierungsfehler. Man kann nicht einfach die Mehrwertsteuer nicht bezahlen.

S. 5	25 2525 3187 0000	Polizeidepartement Stadtrichteramt Steuern und Abgaben		
8)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	10 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wylter (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	10 000		
	Begründung	Neuverhandlung des Vertrags wäre möglich gewesen		
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 39 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

11 / 20

Antrag 9)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) benötigt 1,2 Millionen Franken für ein laufendes Bauprojekt an der Langstrassenunterführung zur Verlegung eines Abwasserkanals. Das Bauprojekt wurde vom Stadtrat am 10. Juli 2013 als gebundene Ausgabe verabschiedet. Die Durchführung von Bauprojekten läuft offenbar so, dass man noch Budgetnachträge einholen muss. Der Betrag konnte im Rahmen der laufenden Projekte nicht in den 50 Millionen Franken untergebracht werden. Solche Vorgänge sind dem Gemeinderat aus diversen Vorfällen bekannt. In den Ausführungen steht, dass der Bau den bisherigen Abwasserkanal nur leicht schneiden würde. Offensichtlich muss der Kanal nun trotzdem verlegt werden. Das Problem liegt oft in der Kommunikation innerhalb der Stadtverwaltung. Würde man seriös und sauber arbeiten und hätte man aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt, hätte der Stadtrat im Rahmen der Gestaltungsplandiskussion entschieden, dass die Bauherrschaft, die SBB, die 1,2 Millionen Franken für die Verlegung bezahlen müsste, denn die SBB generieren mit dem Projekt sowieso einen enormen Mehrwert. Die Stadt hat aber offenbar gar nicht erst versucht, mit den SBB zu verhandeln. Stattdessen wird die Rechnung dem Steuerzahler auferlegt.

Dr. Urs Egger (FDP): Es wäre wünschenswert, wenn die linke Ratsseite auch bei anderen Posten auf diese Art mit der Stadtverwaltung ins Gericht gehen würde. Im vorliegenden Fall ist es aufgrund eines Grundbucheintrags nicht möglich, die Rechnung an die SBB zu schicken. Die Stadt muss die Rechnung selber bezahlen.

Weitere Wortmeldung:

Niklaus Scherr (AL): Der Grundbucheintrag stammt aus dem Jahr 1976. Der Gestaltungsplan Europaallee wurde im Jahr 2004/2005 ausgehandelt. Der Grundbucheintrag wäre nachverhandelbar gewesen. Es gehört zu den grundlegenden Pflichten der Beamtinnen und Beamten der Stadt, darunter auch der Stadträtinnen und Stadträte, die öffentlichen Interessen knallhart wahrzunehmen. Ein zweiter Punkt: Es geht hier auch um den Kredit für die Verlegung des Wolfbachkanals aufgrund des Kunsthauserweiterungsbaus. Die AL hat zweimal eine Rückfrage gestellt, warum die 4,5 Millionen Franken für die Verlegung des Kanals nicht im Baukredit des Kunsthauses auftauchen. Im Rahmen des öffentlichen Gestaltungsplans hätte man diese Kosten überbinden können. Dass Grossbauherrschaften vom kleinen Gebührenzahler quersubventioniert werden, ist nicht in Ordnung.

12 / 20

S. 6	35 3535 3149 0000	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Entsorgung + Recycling Zürich Abwasser Unterhalt übriger Anlagen		
9)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	5 700 000	Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	4 500 000	Minderheit	Walter Angst (AL), Referent
	Verbesserung	1 200 000		
	Begründung	Rechnung Europaallee den SBB schicken		
			Enthaltung	Christine Seidler (SP)
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 109 gegen 9 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 10)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Heinz Schatt (SVP): *Es geht grundsätzlich um Verträge, die das ewz mit Privaten abschliesst. Bei diesen Energiecontracting-Verträgen installiert man z.B. Erdsonden-Heizungen, die das ewz bezahlt und während einer bestimmten Zeitdauer betreibt. In diesem Jahr wurden mehr als doppelt so viele Verträge abgeschlossen als vorgesehen. Contracting-Verträge werden über eine Laufzeit von 30 Jahren abgeschlossen. Sie bergen in der heutigen Zeit ein grosses Risiko der Unsicherheit auf den Energiemärkten. Es ist darum nicht einzusehen, dass das ewz so viele Verträge in einem Jahr abschliesst. Es wäre sinnvoller, die Verträge auf die geplanten 5 Jahre zu verteilen. Die Abschreibungen müssen in den kommenden Jahren kompensiert werden.*

Christine Seidler (SP): *Es handelt sich um bereits abgeschlossene Verträge. Wir haben den Grundsatzartikel der 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung verankert. Das heisst, dass alternative oder erneuerbare Energie gefördert werden muss. Die Förderbeiträge sind ein Teil dieses Ziels.*

S. 6	45 4502 563000	Departement der Industriellen Betriebe Vorfinanzierung von Stromsparmassnahmen Beiträge an eigene Unternehmungen		
10)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	2 000 000	Mehrheit	Christine Seidler (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	2 000 000		
	Begründung	Massnahmen nicht über Subventionen finanzieren		
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 11)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Es gelten dieselben Ausführungen zu den Überbrückungszuschüssen wie zuvor. Wir lehnen die Überbrückungszuschüsse in der Höhe von 300 000 Franken für die Wasserversorgung ab.

Christine Seidler (SP): Die Überbrückungszuschüsse sind nicht für die Wasserversorgung, sondern für Mitarbeiter, die bei der Wasserversorgung gearbeitet haben. Es ist etwas respektlos, dass man diese Zuschüsse wohlverdient in die Pension gehenden Personen nicht gönnt.

S. 7	45 4525 3040 0000	Departement der Industriellen Betriebe Wasserversorgung Personalversicherungsbeiträge		
11)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	300 000	Mehrheit	Christine Seidler (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	300 000		

14 / 20

	Begründung	Keine Frühpensionierungen auf Kosten der Allgemeinheit		
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 37 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 12)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): *Der öffentliche Verkehr im Limmattal ist sehr gut ausgebaut. Ein Ausbau des bestehenden Angebots ist nicht notwendig. Die S-Bahnen ergeben zusammen mit den zahlreichen lokalen Busverbindungen ein sehr gutes Angebot.*

Christine Seidler (SP): *Der Ausbau der Limmattalbahn konnte aus terminlichen Gründen nicht vollständig im Budget 2013 berücksichtigt werden. Deshalb braucht es einen Zusatzkredit. Alle Mehraufwendungen darüber hinaus werden vom ZVV bezahlt. Wir unterstützen grundsätzlich den Ausbau.*

S. 7	45 4540 3180 0000	Departement der Industriellen Betriebe Verkehrsbetriebe Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter		
12)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 800 000	Mehrheit	Christine Seidler (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	1 800 000		
	Begründung	Kein einseitiger ÖV-Ausbau ZVV Limmattal		
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 13)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Für die Betreuung von Kleinkindern wird ein Zusatzkredit in der Höhe von 5,8 Millionen Franken verlangt. Die SVP beantragt eine Kürzung um 5,3 Millionen Franken. Das kantonale Jugendhilfegesetz wurde verändert. Durch die Änderungen wurden die Betreuungsbeiträge für Kinder von 2000 Franken auf 2800 Franken erhöht. Die Vermögensgrenze wurde auf 180 000 Franken erhöht und die Einkommensgrenze auf 80 000 Franken festgelegt. Der Stadtrat erwartete bei den Beiträgen eine Erhöhung um lediglich 30 %. Es handelt sich aber hier um eine Erhöhung um 200 %. Deshalb muss nun ein hoher Millionenbetrag eingefordert werden. So etwas muss man vorhersehen können. Der Stadtrat hat inzwischen mitgeteilt, dass das Sozialdepartement beim Regierungsrat eine Sofortmassnahme beantragt hat. In dieser Massnahme soll geprüft werden, ob die Unterstützung auf Familien beschränkt werden könnte, die wirtschaftlich tatsächlich auf eine Betreuung ihrer Kleinkindern angewiesen sind.

Rebekka Wyler (SP): Der Zusatzkredit ist mit gesetzlichen Vorgaben auf kantonaler Ebene begründet. Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz führte zu einer Erhöhung der Kleinkinderbetreuungsbeiträge von 2000 Franken auf 2800 Franken. Die Einkommens- und Vermögensgrenze liegen deutlich höher als in der früheren Gesetzgebung. Das führte zu weit über dem Budget liegenden Mehrausgaben. Man ging von 30 % Mehrkosten aus. Nun haben sich die Kosten verdreifacht. Das ist ärgerlich, doch es besteht eine gesetzliche Grundlage. Der Stadtrat hat den Kanton darauf aufmerksam gemacht, dass man genau prüfen müsse, wie und ob sich die neuen Ansätze bewähren. Der Stadtrat möchte auch, dass in den ersten zwei Jahren der Anwendung ein Monitoring eingeführt wird. Nach dessen Auswertung soll die Verordnung je nachdem angepasst werden.

S. 7	55 5550 3660 0600	Sozialdepartement Soziale Dienste Beiträge für Betreuung von Kleinkindern		
13)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	5 800 000	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	500 000	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent
	Verbesserung	5 300 000		
	Begründung	Kostenexplosion rückgängig machen		
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 25 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2.2 Ordentliche Kreditübertragungen

Antrag 14)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Es geht um Vergütungen an die Immobilien-Bewirtschaftung der Stadt Zürich (IMMO), die durch Wasser, Energie, Heizmaterialien abgegolten werden sollen. Warum sollen Mietzinsen auf diese Weise verrechnet werden? Seit dem Brand im Mai 2012 gibt es einen Mietzinsausfall in der Roten Fabrik. Verschiedene Künstlerateliers und Lagerräume können nicht mehr bezogen werden. Die Koordinationskommission kann ihre administrativen und organisatorischen Aufgaben nicht mehr erfüllen. Deshalb sollen 50 000 Franken umgeleitet werden. Die Künstler haben jedoch im Schulhaus Hard eine interimistische Bleibe gefunden. Wohin diese Miete fliesst, ist unklar. Der Brand hat die Planung der IMMO durcheinandergebracht. Es entstanden Unklarheiten bei den personellen Ressourcen und bei der Durchführung von Projekten. Die Brandschäden hätten nach einem Jahr behoben sein müssen. Doch es wird bis im Dezember 2015 dauern, bis man alles renoviert hat. Hier ist etwas nicht im Lot. Wir werden untersuchen, was mit den Kontierungen und dem Umbau in der Roten Fabrik läuft.

Samuel Dubno (GLP): Die Koordinationskommission verzeichnet aufgrund des Brands einen Mietzinsausfall. Dieser Ausfall wird über das Konto Wasser, Energie und Heizmaterialien gedeckt. Die Mehrheit der RPK hält das für vernünftig.

S. 8	15 1501 von 3913 0000 nach 3120 0000	Präsidialdepartement Kultur Vergütung an IMMO für Raumkosten Wasser, Energie und Heizmaterialien		
14)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	50 000	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP)
	Begründung	Rote Fabrik muss selber schauen		
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

17 / 20

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 15)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): *In der Asylorganisation Zürich (AOZ) sollen 750 000 Franken von der Wirtschaftshilfe in die Asylfürsorge übertragen werden. Es handelt sich hier erneut um ein trickreiches Schattenspiel. Die Begründung ist irreführend. Wir haben herausgefunden: Das Sozialhilfegesetz wurde geändert und führte zu einer neuen Berechnung der Asylfürsorge und der wirtschaftlichen Hilfe. Vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge erhalten keine Asylfürsorge mehr, sondern werden wie normale Sozialhilfeempfangende behandelt. Im Budget 2013 wurde von mehreren hundert Fällen gesprochen, die von der Asylfürsorge in die wirtschaftliche Hilfe übertragen werden müssten. Deshalb werde dort mehr Geld benötigt. Nun sollen aber wieder 750 000 Franken zurück in die Asylfürsorge übertragen werden. Der Grund dafür wird nicht erwähnt. Dasselbe findet im Budget 2014 statt. Dort ist es ein Betrag von 950 000 Franken, der von der wirtschaftlichen Hilfe zurück in die Asylfürsorge gebracht werden soll. In kurzer Zeit werden also mehrere hunderttausend Franken in der Asylfürsorge gebraucht, welche nicht ausgewiesen werden können. Wir haben nachgefragt, wofür dort so hohe Beiträge benötigt werden. Die ersten Anfragen wurden nicht beantwortet. Wir werden weiterhin nachfragen.*

Rebekka Wyler (SP): *Es handelt sich hier um eine Kreditübertragung. Am Budget selbst wird nichts verändert. Bei der Budgetierung war es schwierig, Zahlen für die Asylfürsorge und für die Existenzsicherung genau festzulegen. Aufgrund der geänderten Grundlagen wurden mehrere hundert Fälle von vorläufig aufgenommenen Personen von der Asylfürsorge in die Existenzsicherung übertragen. Man überschätzte diesen Effekt aber. Dadurch wurde zu viel Geld in der wirtschaftlichen Hilfe und zu wenig bei der Fürsorge eingestellt. Dieser Fehler wird bei der vorliegenden Kreditübertragung wieder rückgängig gemacht.*

Weitere Wortmeldung:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Wenn man 750 000 Franken übrig hat, muss man das nicht unbedingt zurück übertragen und anderswo ausgeben. Man könnte es auch anders verwenden, sparen oder auf das nächste Jahr übertragen.*

S. 9	55 5500 von 3660 0323 nach 3660 0322	Sozialdepartement Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge AOZ Wirtschaftliche Hilfe Beiträge AOZ Asylfürsorge		
15)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	750 000	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent
	Begründung	Keine weiteren Beträge zugunsten der Asylfürsorge		
			Abwesend	Präsident Roger Liebi (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 25 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Dispositivpunkte A–B

Kommissionsminderheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Wir haben ausführlich dargelegt, wo wir die Mehrausgaben gerne gekürzt hätten. Die SVP lehnt die Mehrausgaben via Zusatzkredite ab.*

Weitere Wortmeldung:

Dr. Urs Egger (FDP): *Unsere Anträge wurden mit Ausnahme eines Antrags nicht angenommen. Die FDP wird deshalb in der Schlussabstimmung die Zusatzkredite ablehnen.*

Schlussabstimmung über die Dispositivpunkte A–B

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den Dispositivpunkten A–B.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivpunkte A–B.

Mehrheit: Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP)

Enthaltung: Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)

Abwesend: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 37 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

A. Für das Jahr 2013 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	22 833 800	2 000 000
2. Kreditübertragungen	+4 162 000 -4 162 000	+1 300 000 -1 300 000
Zusatzkredite brutto	22 833 800	2 000 000

B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
- den Zusatzkrediten von	22 833 800	2 000 000
- den Kreditübertragungen von	+4 162 000	+1 300 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
- verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	-4 162 000	-1 300 000
- Minderaufwendungen/Mehrerträge bzw. Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	-12 126 600	-
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	10 707 200	2 000 000

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 20. November 2013 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

20 / 20

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat